

Kongress-Antrag 17: Gewerkschaftsbund des Kantons Bern

Für eine soziale Krankenkasse mit bezahlbaren Prämien

Seit 2023 hat sich die Belastung der Haushalte durch die Krankenkassenprämien noch einmal massiv verschärft. Mehrere Jahre mit starken Prämienanstiegen setzen die Menschen mit mittleren und tiefen Einkommen unter Druck. Daher bleibt die Forderung nach einer sozialen öffentlichen Krankenkasse weiterhin brandaktuell. Die aktuellen Diskussionen zu einer Erhöhung der Mindestfranchise verschärfen das Problem zusätzlich.

Auch das System der Kopfprämien bleibt in höchstem Masse ungerecht. Auch nach der Abstimmungsniederlage zur Begrenzung der Prämien auf 10% des verfügbaren Einkommens darf die Forderung nach einkommensabhängigen Prämien nicht aufgegeben werden. Harte und schlecht bezahlte Arbeit macht erwiesenermassen krank und gerade diese Arbeitnehmenden leiden unter den jährlich steigenden und erdrückenden Kopfprämien für die Gesundheitsversorgung.

Wir fordern deshalb den SGB erneut auf, gemeinsam mit befreundeten Organisationen eine Initiative für eine soziale Krankenkasse zu lancieren. Diese Initiative beinhaltet sowohl eine Einheitskasse als auch eine Plafonierung der Prämien. Sollte der SGB zum Schluss kommen, dass einkommensabhängige Prämien ein Instrument zur Entlastung der tiefen und mittleren Einkommen wären, dann unterstützen wir diese Forderung.

Wir sind überzeugt, dass diese Stossrichtung das Bedürfnis vieler Menschen berücksichtigt und fassen hier noch mal die ergänzenden Argumente zusammen:

Eine Zusammenlegung und Harmonisierung bei der Grundversicherung sparen erhebliche Kosten für Werbung und Konkurrenz zwischen den Krankenkassen ein. Diese Mittel können für Entlastung bei den Prämien eingesetzt werden.

- Die hohen Kosten für Verwaltung und Management der Vielzahl von Krankenkassen können eingespart werden.
- Die für Arbeitnehmende meist schädliche Lobbyarbeit für hohe Prämien, Franchisen und Gesundheitskosten wird überflüssig.
- Der unsoziale Wettbewerb um möglichst rentable Versicherte wird beseitigt. Mehr Solidarität im Gesundheitswesen statt mehr Konkurrenz um gesunde Versicherte.
- Arbeitnehmende sparen Zeit und Nerven, da die jährlichen Vergleiche der Prämien und Verwaltungsvorgänge für den Wechsel der Kasse entfallen.
- Die administrativen Kosten durch mehr als 700'000 Versicherungswechsel pro Jahr können eingespart und in Prämienentlastungen umgesetzt werden.

*Stellungnahme des Vorstandes: **Zur Prüfung entgegennehmen***

Begründung:

Bei guter Ausgestaltung (das Spektrum möglicher Modelle einer Einheitskasse ist sehr breit) könnte die Einführung einer öffentlichen Krankenkasse wesentliche Dysfunktionalitäten im viel zu

stark privatwirtschaftlich und damit lobbygetriebenen Gesundheitswesen eliminieren sowie Prävention, Steuerung und koordinierte Versorgung stärken. Dies brächte Entlastung sowohl für die Versicherten als auch für die Leistungserbringenden. Genau deshalb treibt dieses Thema die Gewerkschaften auch seit jeher um. Eine öffentliche Krankenkasse allein wäre jedoch noch kein wesentlicher Hebel für eine sozialere Finanzierung der Grundversicherung. Zwar sind sowohl die Kosten der alljährlichen Werbeschlacht und der Versicherungswechsel unter den gut 30 verbliebenen Kassen relevant und auch der Verwaltungsaufwand für die parallelen Strukturen und überhöhten Chefsaläre der Krankenkassen ist erheblich. Doch fällt dies alles im Vergleich zum Prämienvolumen (40 Milliarden Franken) bzw. zu den Gesundheitskosten insgesamt (100 Milliarden Franken) viel zu wenig ins Gewicht, um den Prämienzahlenden eine substanzielle und nachhaltige Entlastung zu verschaffen. Und erst recht nicht würde nur mit einer Einheitskasse «die schädliche Lobbyarbeit überflüssig». Genau letztere ist es aber, welche – über Abzocker-Tarifsysteme, unverschämte Medikamentenpreise, Vorteile für Privatspitäler und Zusatzversicherungen etc. – viel gewichtigere Auswirkungen auf die Prämienhöhe hat und leider auch mit der Einführung einer Einheitskasse nicht verschwinden würde.

Doch selbst wenn die Milliardenausgaben für Lobbyrenditen und systemische Leerläufe eingespart werden könnten, wäre unser qualitativ hochwertiges Gesundheitswesen immer noch viel zu teuer, um es über die zutiefst unsozialen Kopfprämien finanzieren zu können. Deshalb ist ein neuer Anlauf für die Einführung einer einkommensabhängigen Finanzierung der Grundversicherung absolut vordringlich. Und deshalb unterstützt der SGB die kürzlich von der SP Schweiz angekündigte «Prämien-Initiative» (siehe Erläuterungen im Kongress-Antrag 15 des SEV). Letztere beinhaltet zudem eine Finanzierung durch die Unternehmen, womit insbesondere dem Umstand Rechnung getragen wird, dass «harte und schlecht bezahlte Arbeit erwiesenermassen krank [macht]».

Darüber hinaus werden Diskussionen geführt hinsichtlich Inhalt und Trägerschaft einer weiteren Volksinitiative in einer breiten Allianz zur Verbesserung des Gesundheitswesens. Der Antrag des GKB nimmt mit der Festlegung auf eine nationale Einheitskasse einen Entscheid vorweg, der Gegenstand dieser laufenden Arbeiten und Allianzgespräche ist. Da der Stand dieser Diskussionen und Allianz-Überlegungen zum Zeitpunkt des Kongresses aktuell nicht absehbar ist, soll dem Kongress dazu eine zeitnah verfasste aktuelle Resolution zum Beschluss unterbreitet werden soll. Diese berücksichtigt den aktuellen Stand und legt das weitere Vorgehen fest.